

Vortrag an den Ministerrat

21. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs, Den Haag, 5.-10. Dezember 2022; österreichische Delegation

Voraussichtlich von 5. bis 10. Dezember 2022 wird in Den Haag die 21. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts (RS) des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gemäß Art. 112 RS (BGBl. III Nr. 180/2002 idF BGBl. III Nr. 95/2015 und BGBl. III Nr. 96/2015) stattfinden.

Bei dieser Tagung stehen neben der jährlichen Generaldebatte über die Arbeit des IStGH und der Beschlussfassung über das Budget des Gerichtshofs für 2023 insbesondere auch die Herausforderungen für den Gerichtshof auf Grund der zahlreichen Situationen und Fälle, mit denen dieser befasst ist, im Vordergrund. Auf Grund der COVID-19 Pandemie könnte – wie in den Vorjahren – die Anzahl der physischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Vergleich zu früheren Tagungen weiterhin begrenzt und zusätzlich auch eine virtuelle Teilnahme möglich sein.

Die aktive Teilnahme der österreichischen Delegation an der 21. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten ist gerade angesichts der Ermittlungen des IStGH zu möglichen Kriegsverbrechen und weiteren Völkerstraftaten im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine besonders wichtig.

Es ist beabsichtigt, zu dieser Tagung folgende österreichische Delegation zu entsenden:

Botschafterin Mag.^a Astrid Harz
Delegationsleiterin

Österreichische Botschafterin in den
Niederlanden

Botschafter Dr. Alexander Marschik
Stv. Delegationsleiter

Ständige Vertretung Österreichs bei den
Vereinten Nationen in New York

Gesandter Dr. Gerhard Thallinger, LL.M. Stv. Delegationsleiter	Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten
Gesandter-Botschaftsrat MMag. Mourad Mahidi, E.MA Stv. Delegationsleiter	Österreichische Botschaft Den Haag
Staatsanwalt Mag. Jakob Schreiber	Bundesministerium für Justiz
Mag. ^a Katharina Kofler, BA	Österreichische Botschaft Den Haag
Mag. Maximilian Gorke, BA, MA	Ständige Vertretung Österreichs bei den Vereinten Nationen in New York
Dr. ⁱⁿ Astrid Reisinger Coracini	Universität Wien

Allfällige Reisekosten finden in den Budgets der jeweils entsendenden Ressorts ihre Deckung. Sofern Beschlüsse zu Beitragserhöhungen gefasst werden, werden sie aus den dem zuständigen Ressort zur Verfügung gestellten Mitteln bedeckt.

Im Einvernehmen mit der Bundesministerin für Justiz stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zur Teilnahme an den Beratungen und Beschlussfassungen der 21. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs zu bevollmächtigen.

18. November 2022

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister